



Biwertejähriger Abonnementpreis. In Breslau 5 Mark, Wochen-Abo. 50 Pf., außerhalb pro Quartal inkl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Infektionsgebühr für den Raum einer sechshöflichen Zeitung 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonnabend und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 70. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünftiger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trenkert.

Freitag, den 11. Februar 1876.

## Deutschland.

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

50. Sitzung vom 10. Februar.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrates Delbrück, Leonhardt, v. Amsberg u. a.

Das Haus sieht die dritte Beratung der Strafgesetznovelle fort. Vicepräsident Haniel macht darauf aufmerksam, daß, nachdem Abg. Sonnenmann in der gestrigen Sitzung den vom Abg. Krämer v. Rabenau zurückgezogenen Antrag auf Wiederberstellung der in der zweiten Lesung geäußerten §§ 130 und 131 der Regierungsvorlage wieder aufgenommen habe, über diesen Antrag noch abgestimmt werden müsse. Beide Paragraphen werden hierauf einstimmig abgelehnt.

An die Stelle des in der zweiten Lesung abgelehnten § 130a (Kanzelparagraph) beantragt Abg. Bölt folgende Bestimmung zu setzen:

„§ 130a. Ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Berufes öffentlich vor einer Menschenmenge, oder welcher in einer Kirche oder an einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte vor Mehreren Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstand einer Verlündigung oder Entwertung macht, wird mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu zwei Jahren bestraft. Gleiche Strafe trifft denjenigen Geistlichen oder anderen Religionsdiener, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Berufes Schriftstücke ausspielt oder verbreitet, in welchen Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstand einer Verlündigung oder Entwertung gemacht sind.“

Der erste Absatz ist der bisherige § 130a, der zweite Absatz der Regierungsvorlage entliehen.

Abg. Bölt: Der zweite Absatz ist von zwei verschiedenen Gesichtspunkten aus zu betrachten, vom juristischen und vom politischen, wenn Sie wollen vom kirchenpolitischen Standpunkt. Man sagt: der bisherige Kanzelparagraph hat nicht gepasst, denn er ist nicht zur Anwendung gekommen. Der Umstand, daß ein Strafgesetz gar nicht oder selten angewendet worden ist, spricht doch nicht dafür, daß es unnötig sei, im Gegenthil der Paragraph, der am seltsamsten zur Anwendung kommt, erfüllt am besten seinen Zweck, denn der Zweck des Strafgegesetzes ist, die Handlungen, gegen welche es gerichtet ist, abzuwenden. Diejenigen, welche seiner Zeit für den bisherigen Kanzelparagraphen bestimmt haben, müssen consequenter Weise auch für den zweiten Absatz stimmen. Derselbe sagt nichts anderes, als daß der Thatbestand des Artikels 130a, nicht bloss durch mündliche Anerkennungen erfüllt werden kann, sondern auch durch Herausgabe oder Verbreitung von Schriftstücken. Der Thatbestand des zweiten Absatzes verdient sogar noch mehr unter Strafe gestellt zu werden, als der des ersten Absatzes. Warum soll der niedrig gestellte Geistliche in der Dorfgemeinde, wenn er sich vergeht, gestrafft werden, der hohe Kirchenfürst aber wegen seiner ebenso strafbaren Erlasse, welche massenhaft verbreitet werden, straflos ausgehen? Die Ablehnung meines Antrages würde im Lande als ein Rückzug des Reichstags betrachtet werden, als ein Imprudenz der Regierung auf der bisher von derselben in kirchenpolitischer Beziehung verfolgten Bahn.

Abg. Windhorst: Der Reichstag hat bei der Beratung der Strafgesetznovelle bewiesen, daß er sehr wenig geneigt ist, das Strafgelehrbuch zu ändern, er hat besonders bewiesen, daß er die freie Meinungsäußerung nicht einschränken will. Dieser Tendenz entspricht der gegen die Kirche überhaupt gewichtheit § 130a keineswegs. Er bedeutet nichts anderes, als die Kirche unter Polizeiaufsicht stellen. Es ist nicht richtig, wenn man behauptet, der Reichstag gebe durch die Ablehnung des § 130a seinen bisherigen Standpunkt auf, denn seine frühere Fassung bleibt ja bestehen. Freilich wäre seine Befestigung ein Act großer politischer Weisheit. Möge der Reichstag sich fragen, ob es nicht besser wäre, statt durch eine Verstärkung des § 130a die unveränderte Durchsetzung der kirchenpolitischen Kampfgeschlagenen Wunden noch weiter aufzureißen, dafür zu wirken, daß sich die Brüder derselben Landes endlich die Hand reichen.

Abg. v. Sauden-Tarpitschen: Der letzte Gedanke des Abg. Bölt betrifft eine bei der Ablehnung von Gelehrten höchst gefährliche Bahn, die wir nicht mitbeschreiten werden, nämlich statt sachlicher Erwägungen per se einzutreten zu lassen. (Oho! in der nationalliberalen Fraktion!) Das geschieht, wenn man nicht nach seiner individuellen Erkenntnis stimmt, sondern aus Rücksicht darauf, daß nicht an einer dritten Stelle eine Auffassung eintrete, die nicht gut wäre. Der bisherige Paragraph ist jedoch eine Abnormalität; man konnte ihr zustimmen, weil Geistliche sich berechtigt hielten, die Kanzel und ihr Amt zu missbrauchen. In dem zweiten Absatz handelt es sich darum, daß Geistliche in Ausübung ihres Amtes strafbare Schriftstücke verbreiten. Die Geistlichen sind Bürger, und wenn sie dergleichen Schriftstücke verbreiten, sind sie wie jeder andere Bürger zu bestrafen. Der Ausdruck „den öffentlichen Frieden gefährden“ ist ein Kaufschuhausdruck. Die große Aufregung unter dem Volke aus Veranlassung der Strafgesetznovelle und der Nieden der Herren Eulenburg, Hofmann und auch des Reichskanzlers ist durch die Beschlüsse des Reichstages wesentlich bestätigt worden, es ist eine Verübung der Gemüther eingetreten. Das Volk wird sich sagen, daß sie in dem Reichstag aus den verschiedensten Kreisen führende Männer besser wissen, wie es im Volke ausseht, als die Herren am Regierungstisch. Es hat sich in diesem Hause in der letzten Zeit eine gewisse Nervosität gegen die Presse geltend gemacht, ich bin nicht so nervös. Mich regen die Artikel der Organe der nationalliberalen Partei, welche uns den Vorwurf der Reichsfeindlichkeit machen, sobald wir der Regierung Opposition machen, in keiner Weise auf. Wir hatten ein gutes Gewissen, als wir die Regierung unterstützten, und haben es auch jetzt, wo wir in einem nicht gerade untergeordneten Punkte Nein sagen. Die deshalb zu erwartenden Angriffe werden bei unseren Wählern ebenso abprallen, wie von uns. (Beifall.)

Bundescommissar v. Amsberg: Der zweite Absatz des § 130a ist eine juristische Consequenz des ersten Absatzes. Die Erfahrungen der letzten Zeit haben auch dargelegt, wie gefährlich es ist, wenn Geistliche in Ausübung oder in Veranlassung ihres Amtes derartige Schriftstücke, wie sie hier unter Strafe gestellt werden sollen, verbreiten; und nur um die Verbreitung derartiger Schriftstücke handelt es sich. Gerade der Geistliche kann dadurch in besonders gefährlicher Weise den öffentlichen Frieden gefährden, weil er eine größere Autorität als andere Staatsbürger besitzt. Der Antrag Bölt nimmt das in der bisherigen Fassung des § 130a enthaltene, in der Vorlage gestrichene Wort „öffentliche“ wieder auf. Die verbündeten Regierungen legen auf diese Abänderung kein besonderes Gewicht und werden derselben nicht entgegen treten.

Abg. Dr. Wehrenfennig: Ich will mich kurz und freundlich mit Herrn Abg. v. Sauden-Tarpitschen auseinandersehen. Wenn es wahr ist, daß Blätter meiner Partei, die wir ja hier nicht vertreten können, Angriffe auf die Freunde und Gegenübersetzer des Herrn v. Sauden-Tarpitschen machen wegen ihrer Abstimmung hier im Hause, so ist Niemand, der dies mehr bedauert — vorausgesetzt, daß dadurch die Gegenübersetzer der Abstimmenden verdächtigt werden, die Abstimmung als nicht der freien und unabdingbaren Überzeugung entsprechend dargestellt werden soll — als ich und meine Freunde. (Zustimmung.) Für solche Angriffe, die um so bedauernswert sind, als die verschiedenen Schätzungen des Liberalismus gerade heute die wenige Ursache haben, sich zu bekämpfen (Sehr richtig!), dürfen Sie Niemanden mißbillig machen, ebensoviel, wie wir das bei ähnlichen Angriffen Ihrer Parteiorgane thun. (Sehr richtig!) Als ich neulich z. B. in einer bekannten Correspondenz die Recrimination las, daß man von fortgeschrittenen Seiten weiter gehende Anträge in Bezug auf die medienburgische Civilempfehlung gestellt hätte, daß aber die schwachmütigen National-liberalen, diese „Gutgefeierten“ und „Rechnungsträger“, natürlich für energische Maßregeln nicht zu gewinnen waren (Hört! Hört!), war ich der festen Überzeugung, daß die Leiter der Fortschrittspartei höchst unzufrieden sind mit dieser sehr unangemessenen Art der Polexit. (Sehr richtig! links.) Mögen wir überzeugt sein, daß wir zu sehr politische Männer sind, um in der gegenwärtigen Zeit solche gegenseitige Angriffe waffen zu billigen! (Sehr gut!) Man mag der Entwicklung des vorliegenden Paragraphen tatsächlich

keine große Bedeutung beimesse, der Abg. v. Sauden hat aber einzelne Ausdrücke des Abg. Dr. Bölt fälschlich dahin verstanden, als ob wir, während wir sachlich das Ding für gleichgültig hielten, einer gewissen Person zum Gefallen dafür stimmen; — so etwas ist für uns überhaupt nicht möglich. (Lebhafte Widerrede im Centrum.)

Wir können Rücksicht nehmen auf eine politische Situation, nicht aber blos auf zufällige Wünsche einer Person; ersteres ist die Pflicht einer politischen Partei. (Sehr richtig!) Man kann nicht einzelne Fragen losgelöst und unabhängig von der gesamten politischen Situation betrachten. Wenn der Abg. v. Sauden sagt, daß der Geistliche, der in Ausübung seines Amtes durch Verbreitung von Schriftstücken den Frieden gefährdet, ja bereits als Bürger bestraft wird, so paßt diese Deduktion auch auf den ersten Theil des Kanzelparagraphen, wenn auf den von der Kanzel herab aufreibenden Geistlichen die betreffenden Bestimmungen des Strafgelehrbuchs Anwendung finden. Die Deduktionen des Abg. v. Sauden gehen also dahin, auch den ersten Theil des Kanzelparagraphen zu vernichten. Wollen Sie das nicht, so haben Sie auch die nicht widerlegt, welche heute für den zweiten Theil stimmen werden. (Vorfall.)

Persönlich vertheidigt sich Abg. Bölt dagegen, durch seine Ausführungen Veranlassung zu den Unterstellungen des Abg. v. Sauden gegeben zu haben.

— Der letztere bemerkte gegenüber dem Abg. Wehrenfennig, daß er unzulässige Anerkennungen von Blättern seiner Partei ebenso wie die anderer missbillige.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Bölt, wie die Zählung ergibt, mit 173 gegen 162 Stimmen angenommen. (Dagegen Fortschrittspartei, Centrum, Polen, Sozialdemokraten und die Abg. v. Minnigerode, v. Malzahn-Güll, v. Seydelwitz, v. Gerlach, v. Schöning, Miguel, Laster.)

Bu § 144, der von der Verleitung zur Auswanderung unter Vorstellung falscher Thatsachen handelt, beklagt sich Abg. Krämer (Hardenberg) über die Zustände in Norddeutschland, wo die Bevölkerung dänischer Zunge durch die Übergriffe der deutschen Verwaltung zur Auswanderung getrieben wird. Dieser Behauptung tritt der Abgeordnete Wallich entgegen und bittet das Haus, derselben keine Verabsichtigung zu schenken, da sie jeder Thatsächlichen Begründung entbehre. — § 144 wird hierauf angenommen.

Die §§ 292 (Zugabergeben) und 267 (Aufbewahren explosiver Stoffe) werden mit unwesentlichen redaktionellen Änderungen genehmigt.

§ 49a lautet: Wer einen Anderen zur Begehung eines Verbrechens oder zur Theilnahme an einem Verbrechen schriftlich oder unter der Gewährung oder dem Versprechen von Vortheilen auffordert, oder wer eine solche Aufforderung annimmt, wird, wenn das Verbrechen mit dem Tode oder mit lebenslanger Buchthausstrafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, wenn das Verbrechen mit einer geringen Strafe bedroht ist, mit Gefängnis bis zu 2 Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher sich schriftlich oder unter der Ausbedingung von Vortheilen zur Begehung eines Verbrechens oder zur Theilnahme an einem Verbrechen erbotet, sowie Denjenigen, welcher ein solches Erbieten annimmt; jedoch wird das lediglich mündlich ausgedrückte Auffordern oder Erbieten, soviel es die Annahme eines jüngeren dann bestraft, wenn die Aufforderung oder das Erbieten an die Gewährung von Vortheilen irgendwelcher Art getrunken ist. Neben der Gefängnisstrafe kann auch der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden.

Abg. Marquardsen: 1) Im Absatz 1 nach den Worten „annimmt, wird“ einzufügen: „soweit nicht das Gesetz eine andere Strafe androht.“ 2) In dem Absatz 1 die Worte „schriftlich oder unter der Gewährung oder dem Versprechen von Vortheilen“, sowie im Absatz 2 die Worte „schriftlich oder unter der Ausbedingung von Vortheilen“ zu streichen. 3) Im Absatz 2 statt „Anerkennen“ zu setzen „Erbieten“. 4) Als dritten Absatz folgendes einzufügen: „Es wird jedoch das lediglich mündlich ausgedrückte Auffordern oder Erbieten, soviel es die Annahme eines jüngeren dann bestraft, wenn die Aufforderung oder das Erbieten an die Gewährung von Vortheilen irgend welcher Art getrunken ist.“

Abgeordneter Thilo den Paragraphen dazu zu fassen: „Wer es unternimmt, einen Anderen zur Begehung eines Verbrechens oder zur Theilnahme an einem Verbrechen anzuhalten (§ 48), wird, soweit das Gesetz nicht eine andere Strafe androht, 1) wenn das Verbrechen mit dem Tode oder lebenslanger Buchthausstrafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, 2) wenn das Verbrechen mit einer geringeren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis bis zu 2 Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Gleiche Strafe trifft Denjenigen, welcher einem Anderen gegenüber zur Begehung eines Verbrechens oder zur Theilnahme an einem Verbrechen sich erbietet, sowie Denjenigen, welcher ein solches Erbieten annimmt; jedoch wird das lediglich mündlich ausgedrückte Auffordern oder Erbieten, soviel es die Annahme eines jüngeren dann bestraft, wenn die Aufforderung oder das Erbieten an die Gewährung von Vortheilen irgend welcher Art getrunken ist.“

Abgeordneter Thilo den Paragraphen dazu zu fassen: „Wer es unternimmt, einen Anderen zur Begehung eines Verbrechens oder zur Theilnahme an einem Verbrechen anzuhalten (§ 48), wird, soweit das Gesetz nicht eine andere Strafe androht, 1) wenn das Verbrechen mit dem Tode oder lebenslanger Buchthausstrafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten; 2) wenn das Verbrechen mit einer geringeren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis bis zu 2 Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Gleiche Strafe trifft Denjenigen, welcher einem Anderen gegenüber zur Begehung eines Verbrechens oder zur Theilnahme an einem Verbrechen sich erbietet, sowie Denjenigen, welcher ein solches Erbieten annimmt. Neben der Gefängnisstrafe kann auch Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden.“

Abg. Lübeckt erläutert den Paragraphen, der die Politik in die Jurisprudenz, oder richtiger die Jurisprudenz in die Politik einführen sollte. Mancher Staatsmann müßte, wenn seine Handlungen juristisch beurtheilt würden, als Verbrecher bestraft werden; dieser Paragraph ist das codificierte l'Etat c'est moi, er ist eine juristische Monstrosität, der Wunsch eines einzelnen Menschen, der keine Meinung neben sich duldet und von seinen Untergangenen Radavergebnissen fordert. (Gelächter.) Ich kann, fährt Redner fort, den Verlust, um diesen Paragraphen zu unterstreichen, nur mit dem Ausdruck bezeichnen, den Fürst Bismarck gestern von unseren Bestrebungen gebracht hat: er ist eine verbrecherische Thorheit! (Großer Lärm, Stufe: Zur Ordnung! Während der Redner die Tribüne verläßt, ruft er gegen die Abgeordneten gewendet auf den soeben eingetretenen Reichskanzler weisend aus:) Wen hat man je so schmälig demaskirt als uns gestern? (Lärm.)

§ 353a wird mit dem Amendement Marquardsen, welches der Antragsteller als lediglich redaktionell bezeichnet, angenommen.

§ 361 zählt diejenigen Vergehen auf, die im Allgemeinen mit Haft bestraft werden; unter diesen wird unter Nr. 9 aufgeführt: „Wer Kinder oder andere unter seiner Gewalt stehende Personen, welche seiner Aufforderung unterliegen, den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erlaubt, sowie denjenigen, welcher ein solches Erbieten annimmt.“

Nachdem der Abg. v. Schwarze das Amendement Thilo kurz empfohlen: bemerkte:

Abg. Dr. Marquardsen: Ich befnde mich zu dem § 49a in quasi offizieller Stellung, infosfern er wenigstens auf meine Anstiftung seine gegenwärtige Fassung erhalten hat. Ich fühle deshalb auch die Verpflichtung, denselben so gut als möglich zu redigieren und nichts anderes beweist mein heutiges Amendment. Wenn Sie demselben das Amendement Bederl-Büttfamer vorziehen, so habe ich auch dagegen nichts einzuwenden, weil es sachlich mit dem meinen übereinstimmt. Ich bin besonders bemüht gewesen, den Ausdruck „schriftlich“, der bereits in der zweiten Lesung Anlaß zu allerlei Scherzen gegeben hat, zu entfernen. Dagegen ist der Antrag Thilo meines Erachtens viel zu weitgehend und gäbe wirklich auch zu politischen Bedenken Anlaß, welche bei den beiden anderen Abträgen so wenig wie bei dem im Wesentlichen übereinstimmenden belgischen Gesetz vorhanden sind. Letzteres ist in der belgischen Deputirtenkammer gegen eine verschwindende Minorität, im Senat sogar einstimmig angenommen worden. Unter diesen Umständen erachte ich es für unsere Schuldigkeit, ein von unserer Regierung gegebenes Versprechen in loyalster Weise einzulösen, bis uns die generelle Revision des Strafgelehrbuchs Gelegenheit giebt, uns eingehender mit der Frage zu beschäftigen.

Reichsland eramt-Director v. Amsberg: Die verbündeten Regierungen ersuchen allerdings zunächst um Annahme des Amendements Thilo; sie halten indessen das Amendement Bederl ebenfalls für durchaus annehmbar, weil es in glücklicher Weise die verschiedenen hier zur Geltung gekommenen Anschauungen vereinigt.

Abg. Dr. Windhorst: Der ganze Paragraph ist vom Uebel, denn er greift ohne alle Veranlassung in unser Strafrechtsystem ein und zieht etwas, das lediglich auf dem Gebiete der Moral liegt, unter das Strafgesetz. Alles, was man von uns verlangen könnte, wäre das belgische Gesetz nachzumachen, und das ist in zweiter Lesung getrieben; — aber dabei sollten wir es beenden lassen. Jedenfalls würde ich, daß die verbündeten Regierungen künftig nicht wieder Bestimmungen des Strafrechts zum Gegenstand internationaler Verhandlungen solcher Art machen möchten. (Zustimmung im Centrum.)

Bundesbehördevolmächtigter Leonhardt: Es handelt sich hier einfach um eine Vorbereitungshandlung von der Art, wie sie bereits das bestehende Strafgesetz als Delikt des Versuchs aufführt. Es kann also gar keine Rech-

dabon sein, daß diese Materie gar nicht in das Strafrecht passt. Hierzu kommt noch in diesem Falle die Rücksicht auf internationale Beziehungen. Sachlich ändert der Antrag Marquardsen an den Paragraphen der zweiten Lesung gar nichts, es ist wesentlich nur redaktioneller Natur.

Abg. Lücker erklärt, für die Beschlüsse zweiter Lesung mit dem Amendement Marquardsen stimmen zu wollen. Wenn der Abg. Marquardsen mit einer gewissen Freude einer baldigen weiteren und allgemeinen Revision des Strafrechts entgegensteht, so wird wohl jeder, der die Beratungen dieser Runde durchgemacht, Deutschland und dem Reiche wünschen, daß Herrn Marquardsen diese Freude noch recht lange erhalten möge. (Sehr wahr!) Abg. Marquardsen kann es nur wiederholen als eine Pflicht der deutschen Volksvertretung erläutern, recht bald an eine weitere Revision des Strafrechts zu gehen, besonders mit Rücksicht auf die vielfach abweichenden Anschauungen und Verbältmisse in den süddeutschen Staaten.

Nachdem der Abg. Reichensperger (Crefeld) sich nochmals gegen den ganzen Paragraphen und alle Amendments erläutert, werden in der Abstimmung zunächst die Marquardsen'schen Verbesserungs-Anträge angenommen; darauf wird das Amendement Thilo gegen die Stimmen der Rechten und das Amendement Bederl nach vorhergegangener zweifelhafter Abstimmung mit 171 gegen 159 abgelehnt. (Dagegen die Fortschrittspartei, das Centrum, Polen, Sozialdemokraten, Elsfäßer und ein kleiner Theil der Nationalliberalen, wie Lasker, Oppenheim, Bamberg, Wölzel, Ritter, Ledow, v. Tuny u. a.) § 49a selbst wird mit den Marquardsen'schen Anträgen angenommen.

§ 287, der in zweiter Lesung abgelehnt worden war, wird vom Abg. Thilo in folgender Fassung wieder aufgenommen:

Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen Vermögensvorteil zu verschaffen, einen Anderen durch Drohungen, durch falsche Vorstellung, durch Versprechen oder Gewährung eines Vortheils vom Mithören oder Weiterbieten bei einer öffentlichen Versteigerung abhält, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

Der Antrag Thilo weist zur Begründung seines Amendments darauf hin, daß die in Rede stehende Strafbestimmung früher in dem preußischen Strafgelehrbuch bestanden habe und erst durch das deutsche Strafgesetz bekräftigt worden sei. Schon die Wiederaufnahme des Paragraphen seitens der Regierung ließ den Beweis für das Vorhandensein eines praktischen Bedürfnisses; lehne man die Strafbestimmung, welche sein Antrag auf die Fälle der nachweisbaren Absicht, einen Vermögensvorteil zu erzielen, beschränkt, so schädigt man bei Zwangsversteigerungen nicht bloß das Interesse des Gläubigers, sondern auch des Eigentümers.

Es folgen Berichte der Geschäftskommission. Dieselbe beantragt durch ihren Referenten Abg. Neyer, die Ernennung zur Strafversetzung des Schiffbauers Nicolaus Beckmann zu Neuenfelde, sowie der „Stettiner Zeitung“ und der „Wattenscheider Volkszeitung“ wegen Beleidigung des Reichstages zu versagen. Das Haus tritt diesem Antrage bei und beschließt, gleichfalls auf den Antrag der Geschäftskommission, daß Mandat des Abg. Baer (Offenburg) trotz seiner Beförderung zum Mitglied des Appellationsgerichts am großherzoglichen Kreis- und Hofgericht zu Mannheim für fortbestehend zu erklären.

Eindlich wird die nachgeführte Genehmigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Gaupp wegen verleumderischer Beleidigung des Oberstaatsanwalts Dr. Bucher zu Halt während der gegenwärtigen Sitzungsperiode des Reichstags und während der Berathungen der Justiz-Kommission des Hauses versagt, nachdem Abg. Klotz als Referent der Geschäftskommission das Sachverhalts eingehend dargelegt hat. Es sei im Allgemeinen Prinzip, bei verleumderischer Beleidigung die Strafverfolgung nicht zu versagen, und man wäre hier um so eher geneigt gewesen, sie zu gestatten, als dies selbst einem dringenden Wunsche des Abg. Gaupp entspricht. Dennoch hat man geglaubt, die Genehmigung versagen zu müssen mit Rücksicht darauf, daß der Abgeordnete Mitglied der Reichs-Justiz-Kommission ist und es im Interesse der Arbeit derselben liegt, die Commission möglichst vollzählig zu halten. Auf den Wunsch des Abg. Böll reagiert dann unter großer Heiterkeit des Hauses der Referent die drei Stellen des Gauppschen Schriftstücks vom Jahre 1873, welcher die Veranlassung der Anklage gegeben, dem Hause vor, welche die Angabe des Verfertstatters rechtfertigen sollen, daß es sich in der That um eine tendenziöse Verfolgung zu handeln scheine.

Um 4½ Uhr verläßt sich das Haus bis 7 Uhr Abends. (Petitionen, Schlusstimme über die Strafgesetznovelle, Schluss der Session.)

Berlin, 10. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Steuer-Einnehmer a. D. Maas zu Biala, im Kreise Johannisthurg, den Roten Adler-Orden vierter Klasse, dem Schultheiße Brieze zu Cöslin den Adler des Inhabers des königlichen Hausordens von Hohenzollern; sowie dem Bergbaumeister Ernst Jenke zu Altmässer, im Kreise Waldenburg, dem Kohlenmeister Carl Kühl zu Charlottenbrunn, desselben Kreises, das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reiches den Freiherrn von Münchhausen zum Consul des Deutschen Reiches in Jerusalem ernannt.

Se. Majestät der König hat dem pensionierten Kreis-Gerichts-Sekretär und Kanzlei-Direktor Kaufmann aus Labiau, zur Zeit in Nastenburg, den Charakter als Kanzlei-Rath; dem praktischen Arzt a. D. Jor dan zu St. Johann bei Saarbrücken den Charakter als Sanitäts-Rath; und dem Banquier August Heuer zu Köln den Charakter als Commerciens-Rath verliehen.

Die bisherigen Privatdozenten Dr. Emil Ritter und Dr. Hermann Maas in Breslau sind zu außerordentlichen Professoren in der medicinischen Fakultät der Universität derselbst ernannt worden. Die Wahl des früheren Provinzial-Gewerbeschullehrers August Arzt in Saarbrücken zum Oberlehrer am Gymnasium in Recklinghausen ist bestätigt worden. Der praktische Arzt a. D. Ritter zu Bremerbörde ist zum Kreis-Bundarzt des Städter Geest-Kreises ernannt worden.

Berlin, 10. Februar. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen im Laufe des heutigen Vormittags den Oberst-Jägermeister Fürsten von Pless, den Commandeur der 22. Division, General-Lieutenant von Blumenthal, und den Gesandten Freiherrn von Pirch und nahmen die Vorträge des Kriegs-Ministers und des Militärcabinets entgegen.

Gestern empfingen die Kaiserlichen Majestäten Se. Hoheit den Prinzen Hermann von Sachsen-Weimar und dinierten bei Ihnen Kaiserlichen und Königl. Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin.

Heute war Ihre Majestät die Kaiserin-Königin in einer Vorstellung des Frauen-Lazarethvereins anwesend und beglückwünschte Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten den Kronprinzen und die Kronprinzessin zu dem Geburtstage des Prinzen Waldemar.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] empfing gestern Mittags 12 Uhr den Grafen zur Lippe-Bieferfeld und später den Kaiserlichen Botschafter, General-Lieutenant und General-Adjutanten von Schweinitz. Abends 7 Uhr stellte Se. Kaiserliche Hoheit dem Prinzen Hermann von Sachsen-Weimar einen Besuch ab und besuchte die Vorstellung im Opernhaus. (Reichsbank.)

Gewinn-Liste der 2. Klasse 153. Königl. Preuß. Klassen-Lotterie

Nach dem Bericht von Engel Nachholger, Friedrichstr. 168,

ohne Gewähr.

(Nur die Gewinne über 90 Mark sind den betreffenden Nummern in Parantbeteiligung beigelegt.)

Bei der heute beendetenziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

10 16 54 318 412 95 558 (240) 804 41 1077 431 539 99 609  
717 988 2007 29 44 158 225 62 436 49 514 642 55 68 86 857  
(180) 71 (180) 928 (150) 73 3452 (120) 57 505 (120) 28 851 (120) 61  
904 98 4204 95 (150) 302 75 622 28 813 46 900 5391 401 36  
(120) 669 846 928 6145 207 342 417 572 756 850 58 78 7029  
38 113 70 86 (150) 256 307 41 405 54 538 82 757 858 8063  
(240) 279 517 65 (120) 892 9031 159 (120) 271 306 93 661 726.  
**10,037** 102 (120) 249 388 625 35 872 (150) 906 57 11,094 288  
(120) 428 42 74 73 98 513 (150) 615 29 44 707 28 89 91 910  
12,130 302 81 460 83 (120) 608 60 64 791 845 989 13,021 (120)  
35 48 104 205 375 443 44 564 14,070 79 82 137 (120) 220 354  
90 485 540 65 (120) 667 741 15,375 455 77 88 467 (120) 666  
97 704 991 16,084 169 204 59 301 51 528 57 609 32 751 64  
883 17,016 55 298 391 476 539 810 978 18,048 68 130 77 203  
48 (120) 342 646 717 812 920 (150) 19,084 89 180 381 (120)  
411 61 64 537 56 89 647 88.

**20,044** 130 408 89 535 67 775 813 19 75 21,082 258 386  
(120) 605 896 22,098 180 228 344 56 550 90 981 23,201 300  
67 438 571 928 88 24,119 260 412 19 73 555 68 (150) 738 888  
25,187 201 57 (120) 332 465 (120) 623 704 830 26,103 73 76 99  
275 508 615 54 738 68 89 27,229 31 339 437 (120) 583 606 (150)  
31 937 28,018 164 210 66 404 10 52 948 29,274 456 57 509  
635 796 958.

**30,018** 28 121 73 257 557 (150) 66 727 (120) 819 900 30 58  
(150) 75 31,292 350 61 (120) 66 85 92 667 785 813 906 29 84  
32,052 254 429 980 33,221 (180) 553 607 29 48 98 727 65 835  
86 34,073 109 37 256 72 86 328 35,006 47 136 321 474 540  
698 779 (150) 36,047 288 434 545 665 83 778 852 37,033 61  
164 82 453 561 (120) 630 76 80 91 750 810 76 908 32 59 38,274  
97 433 (120) 60 678 94 789 950 39,032 35 106 74 288 314 44  
475 541 (120) 97 713 (120) 907 50.

**40,035** 41 293 436 84 94 631 61 708 983 41,333 81 402 47  
77 98 724 909 16 (180) 44 (120) 84 42,239 (180) 63 366 594 663  
788 845 921 43,027 39 180 218 347 56 473 601 24 708 844  
44,281 83 95 311 455 804 45,373 577 790 62 883 994 46,008  
160 259 78 (150) 90 423 812 16 62 912 (120) 47,130 36 53 60 99  
(240) 319 42 70 523 645 758 82 902 48,024 42 60 118 214 74  
401 18 604 66 833 67 95 972 49,050 68 127 258 74 412 16 35  
97 505 619 70 (150) 725 66 811 957.

**50,012** 262 374 415 541 63 64 85 97 741 51,167 253 350  
400 533 68 77 648 735 42 64 808 94 (120) 901 (120) 52,166 213  
(150) 20 386 407 518 65 69 695 720 44 837 (120) 53,087 266  
443 (120) 581 (120) 630 785 806 30 51 63 88 (150) 87 901 76 91  
54,024 81 159 276 407 11 658 93 751 98 846 85 966 89 55,267  
90 322 53 414 23 34 (120) 59 70 538 629 51 (120) 714 852 81  
988 56,052 145 96 317 74 552 682 789 842 69 (150) 945 57,017  
91 135 257 333 441 47 96 521 70 741 64 809 (300) 58 (120)  
58,023 207 430 57 526 737 49 850 59,157 222 430 49 653 66  
739 46 (120).

**60,183** 252 582 96 692 95 888 914 16 93. 61,074 102 265  
401 94 501 (120) 84 676 80 88 837 (120) 41 958 76 62,218 22 64  
480 540 738 49 86 961. 63,015 248 96 412 47 540 58 692 711  
(150) 95 96. 64,007 51 (150) 67 369 490 636 796 866 974. 65,123  
55 84 231 486 592 (120) 630 750 821 64 957 64. 66,004 51 64  
(120) 218 488 598 800 914 57. 67,055 98 153 242 317 70 (120)  
570 611 (120) 831 94 (150). 68,046 220 68 405 605 7 65 (120)  
781 94 961. 69,088 156 (120) 294 411 (120) 60 (120) 73 (120) 98  
(120) 501 9 55 (240) 614 22 (120) 92 754 84 949 (120).

**70,068** 126 211 394 99 505 97 638 45 794 (120) 869 (120)  
975 83. 71,006 52 90 494 710 857 911. 72,064 138 380 428  
688 797 818. 73,182 220 (300) 81 (150) 354 447 696 885 971.

74,035 116 360 731 801 9 76 970. 75,013 39 57 82 193 208 354  
454 575 92 632 43 767 85 966. 76,082 (120) 162 (120) 214 98.  
337 68 90 441 (150) 540 82 698 (150) 704 (150) 12 52 67 915 46  
80. 77,226 (120) 39 48 317 53 480 579 (120) 645 706 14 (120) 28  
91 841 904 (6000) 59. 78,030 37 201 (120) 12 65 (120) 300 758  
953. 79,019 26 28 431 45 512 647 911.

**80,376** 400 (120) 571 (180) 93 (120) 639 711 (240) 22 911 18 86  
81,163 280 481 98 567 648 812 79 82,134 211 37 (240) 441 501  
65 (120) 700 78 867 88 83,056 70 75 120 61 83 354 436 506 72  
729 95 84,131 (120) 454 (180) 503 34 (180) 51 92 651 710 850 920  
69 85,031 84 166 226 301 45 458 506 633 88 871 79 903 86,052  
(150) 61 368 493 509 15 57 663 752 (120) 841 61 911 50 66 87,024  
102 222 396 411 12 69 619 (120) 32 47 706 (120) 908 14 22 65  
88,092 184 96 211 31 61 459 69 543 943 88 89,044 55 153 (120)  
95 343 83 95 574 89 714 843 92 (240) 98 99 917 81.

**90,014** 159 223 363 82 (120) 452 55 93 524 34 53 718 32 968  
91,023 (120) 217 79 96 392 543 79 789 938 (120) 92,154 (120) 63  
262 65 320 691 970 93,009 28 54 65 (120) 69 173 210 372 419  
566 74 841 986 94,043 165 270 465 676 768 938 45 78 88.

**○ Berlin**, 10. Februar. [Herrenhaus.] — Ober-Präsident v. Ende. — Die Waisenhaus. — Der Prinz von Reuß ist am Tage seiner Vermählung vom Könige zum Mitglied des Herrenhauses berufen worden. — Der Ober-Präsident Freiherr von Ende ist von Düsseldorf hier angekommen, um sich vor dem Antritt seiner neuen Stellung in Kassel dem Kaiser und den Ministern vorzustellen. — In der Besprechung auf einen Spezialbericht ist der Minister des Innern der Ansicht belgetreten, daß die Frage, ob und eventuell in welcher Form die gemäß der Vormundschafts-Ordnung zu bestallenden Waisenräthe in dieser Eigenschaft besonders zu verpflichten seien, nach Maßgabe der bezüglichen Gemeindeverfassungs-Gesetze zu beantworten ist, daß die Waisenräthe, deren Amt durch die Vormundschafts-Ordnung als ein Gemeindeamt bezeichnet wird, vom Vormundschafts-Gerichte in Pflicht zu nehmen sei, ist weder im Gesetze angedeutet, noch bei den bezüglichen legislativen Verhandlungen zur Sprache gekommen, und ebenso wenig schreibt das Gesetz in Ansehung der Waisenräthe eine eidliche Verpflichtung ausdrücklich vor.

**= Berlin**, 16. Februar. [Der Reichstag.] — Der Schluß des Reichstages.

— Vom Abgeordnetenhaus. — Das Parlament gebäude. —

offen ausgesprochen, daß Parlament könne sich nicht zur Rolle von blohen Fasagern erniedrigen lassen, blos weil das Ministerium an jede Bagatelle die Cabinetsfrage knüpfe. Desgleichen hat der Club der Linken zum zweiten Male mit großer Majorität beschlossen, in die Bevölkerung des Gebühren-Gesetzes nicht einzugehen; obwohl der Kaiser selbst bei der letzten Hofstafel mit dem Präsidenten Rechbauer und mehreren Abgeordneten über die Angelegenheit gesprochen. Was aber die rumänische Handels-Convention anbelangt, so hat unsere Regierung sehr vernünftiger Weise sich geweigert, die Cabinetsfrage in einer Angelegenheit zu stellen, die lediglich das Werk des Grafen Andrássy ist. Man soll dahin übereingekommen sein, daß die Convention zur Discussion zugelassen wird; daß es aber keine Ministerkrise heraufbeschwören soll, wenn sie in wesentlichen Punkten derartig modifiziert wird, daß das auswärtige Amt die Verhandlungen in Bukarest noch einmal von vorn beginnen muß.

## Großbritannien.

A. A. C. London, 8. Februar. [Die Thronrede,] mit welcher heute die Eröffnung der Parlamentsession durch die Königin in Person erfolgte, lautet vollständig, wie folgt:

Mylords und Gentlemen! Mit vieler Beschiedigung nehme ich wieder meine Zuflucht zu dem Rathe und Weisende meines Parlaments. Meine Beziehungen mit allen auswärtigen Mächten fahre fort, herzlicher Natur zu sein. Die aufständische Bewegung, welche während der letzten sechs Monate in den türkischen Provinzen Bosnien und Herzegovina aufrechterhalten wurde, und welche zu unterdrücken die Truppen des Sultans bislang außer Stande waren, hat die Aufmerksamkeit wie das Interesse der europäischen Großmächte erregt. Ich habe es für meine Pflicht erachtet, den Anstrengungen, welche jetzt von alliierten und befremdeten Regierungen gemacht werden, um eine Pacification der insurgirten Distrikte herbeizuführen, nicht fern zu bleiben, und demgemäß habe ich mich, unter Respectirung der Unabhängigkeit der Pforte, ihnen in der dringlichen Befürwortung solcher administrativer Reformen, welche jede berechtigte Ursache der Unzufriedenheit auf Seiten der christlichen Untertanen des Sultans beseitigen dürfen, angegeschlossen. Ich habe eingewilligt, vorbehaltlich ihrer Genehmigung, die dem Kedive von Egypten gehörigen Suezcanal-Aktionen anzukauen, und ich hoffe vertrauensvoll, Sie werden mich in den Stand setzen, eine Transaction zu vollenden, welche die öffentlichen Interessen tief berührt. Die Vorstellungen, welche ich an die chinesische Regierung Betreffs des im Laufe des vorigen Jahres stattgefundenen Angriffes gegen die Expedition, die von Birma nach den westlichen Provinzen Chinas ausgefandt wurde, richtete, sind in freundlichem Geiste aufgenommen worden. Die Umstände dieses beläugelbaren Ereignisses bilden nunmehr den Gegenstand einer Untersuchung, und ich habe es recht erachtet, das Gesuch zu stellen, daß ein Mitglied meines diplomatischen Dienstes daran teilnehme. Ich erwarte das Resultat dieser Untersuchung in der festen Überzeugung, daß sie so geführt werden wird, um die Entdeckung und Bestrafung der Schuldigen zu ermöglichen. Schriftstücke über sämmtliche obige Gegenstände werden Ihnen vorgelegt werden. Ich bin sehr dankbar für die ununterbrochene Gefundenheit, welche sich mein thurer Sohn, der Prinz von Wales, während seiner Reise durch Indien zu erkennen hatte. Die herzliche Zuneigung, mit welcher er von meinen indischen Untertanen aller Klassen und Stämmen aufgenommen wurde, giebt mir die Sicherung, daß sie unter meiner Herrschaft glücklich und meinem Throne irren gesellt sind. Zur Zeit, als die directe Regierung meines indischen Reiches an die Krone überging, erfuhrn der Stil des Souveräns kein Anzufluss. Ich habe die Gelegenheit für günstig erachtet, das Verfaßte nachzuholen und es wird Ihnen eine Vorlage über den Gegenstand überreicht werden.

Die menschenfreundliche und aufgeklärte Politik, wie sie unser Land bei Abhoffung der Sklaverei innerhalb der eigenen Gebiete verfolgt und bei Unterdrückung der Sklavenhandels durch die ganze Welt im Auge gehalten hat, macht es wichtig, daß das Verhalten der Schiffe der britischen Nation in den Territorialmässen fremder Staaten mit diesen großen Prinzipien in Einklang stehe. Ich habe deshalb Weisungen ertheilt für die Einsetzung einer königlichen Commission, um alle Vertragssverpflichtungen und sonstigen dieses Themas berührenden internationalen Verbindlichkeiten zu untersuchen, so wie ferner auch alle von Zeit zu Zeit von meinen Marine-Offizieren erlassenen Instructionen, um in Erfahrung zu bringen, ob Schritte geschehen sollten, um meinen Schiffen und deren Befehlshabern größere Machtfestigungen für die Aufrechterhaltung des Rechtes der persönlichen Freiheit zu gewähren. Es wird Ihnen eine Bill vorgelegt werden befußt Bestrafung von Slavenhändlern, welche Untertanen eingeborener indischer Fürsten sind. Den Angelegenheiten meines Colonialreiches, dessen allgemeine Wohlfahrt sich weiter entwidelt hat, ist ein großer Theil meiner Aufmerksamkeit gewidmet gewesen. In Kurzum werden Sie Schriften von Wichtigkeit und Interesse in Händen haben, welche die Verhandlung bezüglich einer Konferenz der südafrikanischen Colonien und Staaten klar legen. Die Errichtung eines hohen Beamten der Straits Settlements zur Zeit als derselbe als Präsident in einem benachbarten Malaya-Staate jungierte und die Rückführungen, welche auf diese Gewaltthat folgten, haben das Einschreiten meiner Truppen erheischt. Ich hoffe zuversichtlich, daß die Operationen, welche in längerer und energischer Weise geleitet worden sind, obwohl nicht ohne den Verlust von einigen wertvollen Menschenleben die Ordnung zurückgebracht und den gerechten Einstuß und die Autorität unseres Landes wiederhergestellt haben.

Gentlemen vom Hause der Gemeinen! Ich habe angeordnet, daß die Voranschläge des Jahres vorbereitet und Ihnen ohne Verzug vorgelegt werden.

Mylords und Gentlemen! Gesetzentwürfe für die Regelung des Appellations-Tribunals letzter Instanz für das Vereinigte Königreich, sowie für die Amendierung der Handels-Schiffahrt-Gesetze werden Ihnen unverzüglich unterbreitet werden. Eine Gesetzgebung bezüglich der Universitäten und des Elementar-Unterrichts wird in Vorschlag gebracht werden. Ihre Aufmerksamkeit wird auch gelenkt werden auf die Acte betreffs der Erneuerung von Gemeinwiesen, sowie auf eine Maßregel zur Förderung von Sparsamkeit und Wirtschaft in der Verwaltung von Gefängnissen, welche gleichzeitig eine Erleichterung der lokalen Steuerlasten bewirken wird. Andere wichtige Maßnahmen werden, wenn es die Zeit der Session gestattet, Ihrer Beachtung unterbreitet werden; und mein Gebet geht dahin, daß Ihre Verhandlungen, außer dem göttlichen Segen, in die Glückseligkeit und Zufriedenheit meines Volkes reflektieren mögen!"

[Mr. Gladstone,] der Ex-Premier, wird am nächsten Dienstag zu einem Ehrenmitglied der Dresdner-Zunft aufgenommen werden. Die Feierlichkeit wird wahrscheinlich in der Guildhall stattfinden.

## Provinzial-Beitung.

Breslau, 11. Februar. Angelommen: Ihre Durchlaucht Fürst v. Suttowsta, auf Reisen. Se. Durchlaucht Fürst v. Ouroffow, R. M. Gesandtschafts-Altaché, aus Brüssel. Ihre Durchlaucht Frau Fürstin von Ouroffow, dgl. (Fremdb.).

St. Majestät des Kaisers in unserer Stadt hatten die Seminaristinnen durch Vermittelung des Schlosscafetans in einer der von St. Majestät bewohnten Salons stellen lassen. In Folge hieron ist aus der kaiserlichen Privatansicht ein Dankschreiben an die Frau des Dirigenten gelangt, in welchem sich die Würthteilung findet, daß Se. Majestät bestimmt habe: „dieses Bouquet solle zur Erinnerung an die Breslauer Tage dem dortigen Schloss als Eigentum verbleiben.“

\*\* Breslau, 10. Februar. [Niederösl. Märk. Bahnhof.] Der Schnellzug Nr. 5 ist mit 30 Minuten Verspätung hier eingetroffen. Ursache der Verspätung ist das Defectwerden der Maschine und starter Schneefall.

△ [Eisenbahn-Unfall.] Der Verbindungszug der Rechte-Oder-Eisenbahn, welcher den Anschluß mit der Breslau-Ruppener Strecke von Breslauer Rechte-Oder-Ufer-Bahnhof in Schmiedefeld vermittelte, fuhr gestern Nachmittags mit zu großer Geschwindigkeit in den Schmiedefelder Bahnhof ein, konnte deshalb nicht rechtzeitig an dem Pünktchen anhalten, an welchem er anhalten sollte. Die Maschine des Zuges ging über die Drehscheibe, welche für den Zug richtig stand, hinweg, durchbrach das Retiraden-Gebäude und blieb eine Strecke hinter letzterem im Erdbothen stehen. Bei dem Durchbrechen der Retirade verlor die Maschine den Schornstein und wurde außerdem noch an einigen Stellen beschädigt. Personen sollen, wie wir hörten, bei diesem Unfall keinen Schaden genommen haben, jedoch

dürfte es ziemliche Schwierigkeiten verursachen, die Maschine wieder auf das Gleis zu bringen.

— d. Breslau, 10. Februar. [Ortsverein der arbeitendenen Breslauer Tischler und Fachgenossen.] Zu der jüngst abgehaltenen Generalversammlung hatte der Vorstand zwei wichtige Anträge eingebracht welche zu einer lebhaften Debatte führten. Der erste Antrag beweist, den Mitgliedern durch Veranstaltung von juridischen Vorträgen Gelegenheit zu geben, sich über gewisse gesetzliche Feststellungen, welche vorzugsweise das gewerbliche Gebiet berühren, zu informieren, um manche aus der Unkenntnis des Gesetzes für den Handwerker entstehende Nachtheile zu vermeiden. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. — Der zweite Antrag beweist die Wahl vereideter Sachverständiger. In der nächsten Versammlung soll der Vorstand geeignete Vorschläge machen. Die Gewählten sollen dann der Behörde behufs ihrer Bestätigung präsentiert werden. — Nachdem hierauf Billardsababt Wahnsin den Rassenbericht gegeben hatte, fand die Neuwahl des Vorstandes statt. Es wurden gewählt die Herren: Kimpel, Glier, Nielsch, Grothopf, C. Ludwig, Schomburg, Klose, Fenz, Sieler, Wahnsin, Gloger und Kronauer.

### Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur.

Die am 19. Januar 1876 abgehaltene erste diesjährige Sitzung der Section für Obst- und Gartenbau eröffnete die für die Gesetzzeit 1876/77 wiedergemählte zeithorige Sekretär mit dem Erfuchen, ihn in dem wieder übernommenen Amt im Interesse der Section thunlichst zu unterstützen und legte darauf vor: 1) die eingegangenen Preisverzeichnisse, 2) die Programme für die Ausstellungen der Gartenbau-Vereine: a. für die Herzogthümer Schleswig-Holstein in Altona am 21. bis 23. April a. c., b. zu Bremen am 22. bis 24. April a. c., c. für Neu-Pommern und Rügen in Stralsund in der Mitte des September a. c., d. in Erfurt für eine allgemeine deutsche Ausstellung zu Erfurt vom 9. bis 17. September a. c., und forderte zur Belehrung, namentlich der letzteren auf.

Derselbe trug seinem, dem Präsidium der Schlesischen Gesellschaft eingereichten Generalbericht über die Tätigkeit der Section in dem Jahre 1875 vor und gab bekannt, daß der unlängst hier einberufen gewesene Provinzial-Landtag auf Antrag des Präsidiums der Schlesischen Gesellschaft der Section auch für das Jahr 1876 eine Subvention von 450 Mark bewilligt und bei dem Provinzial-Ausschuß für dieselbe auch diejenige Unterstützung befürwortete, welche ihm seither durch das Königl. Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten alljährlich in Höhe von 1200 Mark gewährt, mit der sie aber nur mehr an den Provinzial-Landtag, aus den demselben für die gleichen Zwecke überwiegen Mitteln verwiesen wurde.

Herr Kaufmann Hulstein hielt einen längeren Vortrag „über Erdarten“. Als für den Gärtner wie für den Landwirt beachtenswerteste Erdarten führte Herr Vortragender die Damm-, Laub-, Haide- und Moor-Erde an, denen als fünfte etwas die Düngererde hinzugezogen sei, deren Untertheile sich thiefs in der Farbe, in der minder lockeren oder kompakten Beschaffenheit, oder in ihrer Schwere, ihrem Neuerem nach vorbielen und, und sprach im Weiteren über deren Bestandtheile und Bildung und deren Nutzbarmachung zu ihrer Verwendung für Culturen.

Vorgelesen wurde ein Aufsatz des Gutsbesitzer Herrn Seyler in Ober-Wielsbach, in welchem derselbe nach eigenen vielseitigen Erfahrungen das Verjüngen durch Nachspülungen solcher Obstbäume empfiehlt, welche schlecht tragend sind oder Früchte von nur geringer Güte tragen. Zugleich empfiehlt derselbe zum Anbau als eine sehr reich tragende Birne die „Marie Louise“, frisch gegeßen sei die Frucht zwar etwas derb und trocken, kurze Zeit zum Nachreifen aufgeschüttet, sei dieselbe jedoch sodann sorgfältig gebadet, von ganz vorsüglicher Güte.

Nachdem in der Sitzung vom 2. Februar 1876 die neu eingegangenen Preisverzeichnisse zur Kenntnahme vorgelegt worden waren und der Sekretär die Mittheilung gemacht hatte, daß er durch Schriftenaustausch eine seit Anfang dieses Jahres erscheinende Zeitschrift für Obst- und Gartenbau für den Lesezirkel erworben habe, setzte Herr Stadt-Jorst- und Decoumies-Rath Dr. Fintelmann seinen im vorigen Jahre begonnenen Vortrag: „Über Baumspalanzen in Städten“ fort. Der Herr Vortragender bezeichnete diejenigen einheimischen Laubbau-Mitteln und Arten, welche sich in Städten und deren nächster Umgebung in den verschiedenen Lagen und Bodenarten zur Anpflanzung für verschiedene Zwecke als Ziervorwerke und zugleich als Luftreiniger eignen, gab Notizen über deren Größe, Dauer ihrer Belaubung und deren Herbstfärbung, und sicherte die weitere Fortsetzung seines Vortrages für die nächste Sitzung zu.

Herr Kaufmann Hainauer knüpfte an diesen Vortrag noch einige Bemerkungen an, „über die Baumspalanzen in Paris“.

Vorgelesen wurde die eingefundene erhaltene Arbeit des Vereinsgärtner Herrn Bromme in Grünberg: „Über die Reblaus (Phylloxera vastatrix)“; die derselben beigegebenen, von ihm angefertigten Präparate dieses Insektes wurden unter dem Mikroskop demonstriert und legte der Sekretär auch noch mikroskopische Abbildung derselben vor. Herr Bromme, welcher auf Veranlassung des Gewerbe- und Gartenbau-Vereins zu Grünberg an der Königl. Lehranstalt für Obst- und Weinbau zu Geisenheim a. Rh. einem durch die Königl. Staats-Regierung veranlaßten Lehr-Curius über die Reblauskrankheit beigemohnt hatte, theilte in seiner Arbeit das Wichtigste des dorthier über dieses Thier und die durch dasselbe hervorgerufenen Krankheit übernommen mit. Nachdem derselbe Amerika als die eigentliche Heimat des Insektes angegeben hat, schildert derselbe die Art und Weise des Fortschreitens der Krankheit, die Kennzeichen deren Vorhandenseins, das Thier selbst und seine Vermehrungsweise, die Bodenarten, welche dessen Verbreitung begünstigen und sieht sich schließlich zu der Angabe genötigt, daß bisher noch kein überall und im Großen anwendbares Radikalmittel zur Vernichtung des Insektes resp. zur Abwendung der durch dasselbe entstehenden Krankheit gefunden worden sei, selbst eine starke, die Bewurzelung der Weinländer fördernde Düngung würde nur den Untergang eines bes. weinbergs hinausziehen vermögen. E. H. Müller.

### Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur.

In der Sitzung der medicinischen Section am 14. Januar 1876 berichtete Herr Prof. Heidenhain über imponierende Versuche, welche Herr Dr. Navalichin aus Kasan im hiesigen physiologischen Institute ange stellt hat. Dieselben ergaben: 1) daß bei Zunahme der Contractionsgröße des Muskels, welche durch Steigerung des Reizes herbeigeführt wird, die Wärme production in viel schnellerem Verhältnisse wächst, als der Verkürzungsgrad; 2) daß bei zwei schnell aufeinanderfolgenden Reizen der zweite nur dann eine Steigerung der Wärme production herbeiführt, wenn er die Hubhöhe vergrößert. Die Zunahme der Wärme production ist unter diesen Umständen der Zunahme der Hubhöhe proportional.

Hierauf sprach Herr Kgl. Bezirksphysicus Dr. Jacobi über: „die Pulse-Erscheinungen im Augenuntergrund“. Die Deutung dieser, bisher nicht beschriebenen Phänomene ist von Einfluß auf die Erkenntniß der gesamten Circulations-Vorgänge im Auge. Der gewöhnliche sogenannte Venenpuls der Rehbau, welcher nach Donders eine Hemmung, nach Coecius eine Förderung des Venen-Ausflusses bezeichnet, ist nach dem Redner nichts als ein partieller systolischer Collaps, erzeugt durch Ankrampf und Bandsquerschung der betreffenden Gefäße innerhalb der Sehnerven-Papille. Über wahre Venenpulsionen in der Rehbau berichteten Maynard und Becker.

Der Arterienpuls des Auges wird fälschlich in zwei völlig distinkte Formen geschieden: den wirklichen Arterienpuls und das intermitterende Eintrömen. Letzteres ist gleichfalls ein wirklicher Arterienpuls, bei welchem entweder 1) im Auge eine lokale Anämie besteht neben gleichzeitiger Verstärkung der pulsatorischen Schwankung in den zuführenden Arterien (zu hohe Spannung, Neuritis, retrobulbärer Tumor), oder 2) eine allgemeine Anämie mit abnormal hoher pulsatorischer Schwankung in den kleineren Arterien auch im Auge zur Erziehung kommt. (Fälle von Insuffizienz der Aorten-Klappe.)

Herr Privatdozent Dr. Sommerbrodt erörterte die Gründe, welche ihn veranlaßt haben einen neuen Sphygmographen zu konstruiren und desmonstriert darauf seinen Apparat. Durch eine Reihe von Figurentafeln beweist er zunächst die erheblich größere Leistungsfähigkeit desselben gegenüber dem bisher benutzten Marayschen Sphygmographen und teilt sogleich bisher nicht geläufige Beobachtungen an normalen und pathologischen Pulsumbildern mit, die er mit seinem Apparat gewonnen.

Die Details der Untersuchungen werden demnächst in einer Monographie veröffentlicht werden.

V. Warmbrunn, 10. Februar. [Witterung.] Schreiberhauer Malerwerkstatt. Wir hatten beim heutigen heiteren Sonnenaufgang nur 5 Grad Kälte, während die vorhergehenden Tage der Schneeniederholzäule zum Teil einem viel starkeren Thermometerstand z. B. gestern -8° wenigstens während der Nacht anzeigen. — Daß die bekannte Schreiberhauer Josephinenhütte neben ihrem in weiteren Kreisen geliebten Producten der Glas-Industrie auch die für ihre Erzeugnisse erforderliche Glasmalerei möglichst künstlerisch verarbeitet, darüber dürfte wohl kaum ein erheblicher Zweifel obwalten; daß Schreiberhauer nebenbei aber im Gebiete der Landtagsmalerei auch ganz artige Naturgemälde zu Tage zu fördern sich bestrebt, davon ist durch Aufstellung eines laufenden Waldbildes oberhalb des Bodenfasses bei Schreiberhauer im hiesigen Hotel Thomas neuerdings vom Maler Janausch aus Schreiberhauer eine recht hübsche Probe geliefert. Das Bild mit dazu gehößtem ganz entsprechend Rahmen etwa 1½ Meter hoch und 1 Meter breit stellt in seinem unteren Haupttheile eines jener bei unseren Gebirgsbächen häufig vor kommenden Felsenbeden vor, aus dem das klare Gebirgswasser munter fortfliesst. Über diesem laufenden Felsenbeden mößt sich eine mit großer Kunst gemalte dunkle Waldpartie und über dieser leuchtende die Wolken eines heißen August-Nachmittags. Die Felsen des Wasserbetens sind mit ihrem Moos so natürlich wiedergegeben, daß sie zum Niederklettern einladen, um einige Augenblicke an der hübschen Waldsquelle auszuruhnen. Über den Waldbäumen flattern raschende Krähen. Wir glauben, daß sogenannte Stimmungsbilder unserer Gebirgswaldpartien dem Charakter des erwähnten Gemäldes am nächsten kommen und daß es auf jeden Freund gerade unserer bekannten lieblichen Waldbäche einen recht angenehmen Eindruck machen muß.

tz. Brieg, 10. Februar. [Mord.] Ein außerordentlich pflichttreuer Beamter, der Flößmeister und Förster Jung in Alt-Köln im hiesigen Kreise, wurde vorgestern Abend das Opfer seines gefährlichen Dienstes. Vom Forstgerichtstage zu Poppeln zurückkehrend, wurde er gegen 8½ Uhr von drei ihm aufslauernden Männern unerwartet angegriffen. Trotz eines Schlages auf den Kopf mit einem Beile vermochte er noch, sich zu verteidigen. Er zog seinen Hirtenstab, worauf die Gegner ihm den Daumen der rechten Hand abhieben. Zuletzt ward ihm der Schädel vollständig gespalten. Der unglückliche Gemordete hinterließ zehn Kinder. — Die Mörder sind bereits festgenommen und nach Oppeln abgeführt worden, da das Verbrechen im dortigen Kreise, wenige Schritte von der Grenze, verübt wurde. Sie sollen bereits ihre aus Rache hervorgegangene That gestanden haben.

Telegraphische Depeschen.  
(L. Hirsch's telegraphisches Bureau.)

Wien, 10. Februar. Im Wiener Gemeinderath ist gestern beschlossen worden, an beide Häuser des Reichsraths eine Petition zu richten, damit Schritte zur Wiederaufrichtung der österreichischen Industrie gethan werden. In der Petition wird darum eingefordert, daß sich Handel und Industrie in bedrängtester Lage befinden. Der Ertrag der Einkommensteuer in Wien habe sich um mehr als 3½ Millionen im Jahre 1875 reduziert; bei der Erwerbsteuer sind kaum 50 p. ct. der vorgeschriebenen Steuer eingegangen. Der

Consum an Lebensmitteln sei seit 8 Monaten in steiler Abnahme begriffen. Während im Frühjahr 1873 die Wohnungsnot unerträglich war, wurden jetzt von der Steuer-Administration 6000 Wohnungen unvermietet gefunden. Der siebente Theil der Erwerbstätigen sei im Jahre 1875 in die Vororte ausgewandert. Die Creditverhältnisse seien total verödet, der Realitätswert im bedeutlichen Sinne. Der Gemeinderath Wiens richtet deshalb an den Reichsrath die Bitte, mit aller Kraft dahin zu wirken, um weiter drohende Gefahren abzulenken.

Paris, 10. Februar. Eine aus Livorno eingetroffene Depesche meldet den Selbstmord des Bankiers Raphael Sario, Chef des ältesten dort bestehenden Hauses.

Paris, 10. Februar. Dem Pariser „Börsenblatt“ wird aus Kairo gemeldet, daß Cave am Sonntag nach London zurückkehren wird.

Eine Depesche aus Livorno meldet, daß das Haus Sario dort und in Florenz die Zahlungen suspendirt.

Cettigne, 9. Februar. Das amtliche montenegrinische Blatt „Gloss Crnagorac“ bestätigt die vom Wiener „Tagblatt“ gebrachten Meldungen, nach welchen die Pforte mit Montenegro dahingehende Verhandlungen gepflogen, daß dieses seinen Einfluß auf die Herzogswinaer zur Niederlegung der Waffen ausübt. Die weiteren Anerbietungen der Pforte, Gebietsthüle an Montenegro als Preis für die Pacificierung abzutreten, werden von dem montenegrinischen Blatte weder demontiert, noch erwähnt.

Ragusa, 9. Februar. Aus Kiel wird gemeldet, daß dort die österreichische Flotte in Sicht sei.

Ragusa, 9. Februar. Der englische Consulardilegat Holms ist von Mostar nach Konstantinopel abgereist, um dort dem englischen Botschafter Bericht zu erstatten. — Der Commandant von Trebinje, Hussein Pascha, ist nach Konstantinopel beordert worden, um sich wegen schlechter Truppenführung zu verantworten.

Berlin, 10. Februar. Das heutige Geschäft entwidelt sich im Allgemeinen sehr schwierig, die Umsätze blieben in jeder Richtung begrenzt und nur die internationalen Speculationspapiere und theilweise wohl auch inländische

# Berliner Börze vom 10. Februar 1876.

## Wechsel-Course.

Amsterdam 100FL	8 T 3	163,35 bz
do. do.	2 M. 3	168,60 bz
London 1 Ltr.	3 M. 4	20,26 bz
Paris 100 Frs.	8 T 4	81,15 bz
Petersburg 100SR	3 M. 6	250,90 bz
Warschau 100SR	8 T 6	262,60 bz
Wien 100 FL	8 T 4 <sup>1/2</sup>	176,20 bz
do. do.	2 M. 4 <sup>1/2</sup>	175,90 bz

## Fonds- und Geld-Course.

Staats-Anl. 4% consol.	4% 166,10 bz
do. do.	4% 99,40 bz
Staats-Schuldachseine	3% 93,19 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3% 132,10 bz
Berliner Stdt.-Oblig.	4% 101,50 bz
Berliner	4% 101,60 bz
Pommersche	3% 84,20 bz
Pommersche neue	4% 94,60 bz
Sächsische	3% 85,30 bz
Kurh. Neumarkt	4% 98,50 bz
Pommersche	4% 97,30 bz
Possensche	4% 96,90 bz
Preussische	4% 97,10 bz
Westfäl. u. Rhein.	98,75 bz
Sächsische	4% 99,10 bz
Badische Präm.-Anl.	4% 123,50 G
Bayerische 4% Anleihe	4% 125,50 G
Gün-Mind. Prämienach	3% 109,25 bz

Karh. 49 Thaler-Loose 258,60 bz  
Badische 35 FL-Loose 142,50 bz  
Braunschw. Präm.-Anleihe \$3,60 bz  
Oldenburger Loose 158,00 bz

Ducaten 9,51 G Fremd.Bkn. 99,85 G  
Sovens. 20,36 bz einl.Lip. 191,40 bz  
Napoleons. 16,25 G Oest. Bkn. 176,35 bz  
Imperials 16,65 G Russ. Bkn. 263,95 bz  
Dollars —

## Hypotheken-Certifikate.

Krupp'sche Part. Obl. 5 100,70 bz

Unkb.Pfd. d.Pr.Hyp.-P. 4% 99,50 bz

do. do. 5 99,60 bz

Deutsche Hyp.-Pfd. 4% 95,75 bz

Kündrb. Cent.-Bod.-Cr. 4% 100,25 G

Unknd. do. 1872 5 101,50 bz

do. rückab. à 110 5 105,20 G

do. do. 4% 98,50 bz

Eck. H.d.Pr.Bd.-Crd.B. 5 —

do. III. Em. 5 103,25 bz

Kündb. Hyp.-Schuld. do. 99,75 G

Hyp.-Anth.Nord.-G.C.B. 5 101,00 bz

Roman. Hyp.-Briefe. 5 106,60 G

do. II. Em. 5 102,00 G

Goth. Präm.-Pf. I. Em. 5 107,50 bz

do. II. Em. 5 106,90 bz

do. 5% Pr.kz.Jb. 110 5 102,90 G

do. 4% do. m. 110 4% 96,00 bz

Meiningers Präm.-Pfd. 4 102,26 G

Oest. Silberpfandb. 5% 54,30 G

do. Hyp.-Crd.-Pfd. 5 69,00 G

Föld.b.Oest.Bd.-Cr.-Ge. 5 88,00 bz

Schles. Bodenr. Pfd. 5 100,00 bz

do. 4% 94,25 G

Eckd. Bod.-Cred.-Pfd. 5 102,90 G

do. 4% 98,00 bz

Wiener Silberpfandb. 5% 62 G

## Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente. 4% 64,70 bz

do. Papierrente. 4% 60,30-40 ctbz

do. 54er Präz.-Anl. 4% 106,50 bz

do. Lott.-Anl. v. 65. 5 113,25 bz

do. Credit-Loose. 5 133,50 bz

do. 64er Loose. 5 297,90 bz

Russ. Präm.-Anl. v. 64. 5 178,50 bz

do. do. 1866 5 178,25 bz

do. Bod.-Cred.-Pfd. 5 82,10 bz

do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfd. 5 89,20 bz

Russ.-Poln. Schatz-Obl. 4 86,25 bz

Poln. Pfndfr. III. Em. 4 65,50 bz

Poln. Liquid.-Pfandb. 4 106,19 bz

Amerik. rückz. p. 1881 5 102,10 bz

do. 5% Anleihe. 5 101,70 bz

französische Rente. 5 —

Ital. neue 5% Anleihe 5 71,25 bz

Ital. Tabak-Oblig. 5 106,40 bz

Raab-Grazer 100 Thlr.L. 5 78,60 bz

Rumanische Anleihe. 5 103,75 G

Türkische Anleihe. 5 19,90 G

Ung. 5% St. Eisenb.-Anl. 5 72,30 G

Schwedische 18 Thlr.-Loose 48 G

Finnische 19 Thlr.-Loose 49,50 G

Türk.-Loose 41,00 bz

## Eisenbahn-Prioritäts-Aktien.

Berlin-Görlitzer. 4 — 5 59 bz

Berlin-Nordbahn. 4 — fr. —

Breslau-Warschau. 0 5 28,75 G

Halle-Sorau-Gub. 0 5 23,25 bz

Hannover-Altenb. 0 5 28,40 bz

Kohlfurt-Falkenb. 2% — 5 35,75 bz

Märkisch-Posener. 0 5 65 bz

Magdeb.-Halberst. 3% — 5 59,80 bz

do. Lit. C. 5 66,70 bz

Mähr.-Uhers. 4% — 5 55,50 bz

Rechte-O.-U.-Bahn. 6% — 5 55,20 bz

Rheinb.-Hochp.-Brd. 4% — 5 55,00 bz

Reichenberg-Pard. 4% — 5 55,00 bz

Rheinische. 4% — 5 55,00 bz

Rechte-O.-U.-Bahn. 6% — 5 55,00 bz

Rümän. Eisenbahn. 0 5 26,80 bz

Schweiz Westbahn. 0 5 17,50 bz

Stargard.-Posen. 4% — 5 101,40 G

do. 4% 112,50 bz

Weimar-Gera. 5% — 5 —

## Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Divid. pr. 1874 1875 Zt.

Divid. pr. 187